



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Jutta Widmann, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Thomas Huber, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Barbara Regitz, Hans Ritt, Andreas Schalk, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Martin Wagle und Fraktion (CSU)

Papierticket zum Deutschland-Ticket länger ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund weiterhin dafür einzusetzen, dass die Übergangsfrist, bis zu der die Ausgabe des Deutschland-Tickets in Papierform zulässig ist, angemessen verlängert wird. Bevor die Möglichkeit Papiertickets auszugeben ausläuft, muss sichergestellt sein, dass alle Verkehrsträger des ÖPNV die Möglichkeit hatten, die Ausgabe des Deutschland-Tickets in Form von Chip-Karten einzuführen. Die Übergangsfrist soll dabei mindestens bis zum Ende des Schuljahres 2023/2024 verlängert werden.

Begründung:

Die Einführung des Deutschland-Tickets in durchgehend digitaler Form stellt zahlreiche Verkehrsanbieter des ÖPNV vor große Herausforderungen. Zahlreiche Verkehrsanbieter bzw. Verkehrsverbünde bieten das Deutschland-Ticket aktuell nur als App-Lösung für Smartphone-Nutzer an. Selbst Verbünde wie z. B. der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV), die bereits vor Einführung des Deutschland-Tickets Chip-Karten-Lösungen für ihre Kunden angeboten haben, können diese aktuell nicht in der benötigten Stückzahl neu ausgeben und können als Alternative zur App nur Papiertickets anbieten.

Das Deutschland-Ticket soll allen Bürgerinnen und Bürgern flächendeckend zur Verfügung stehen, egal ob diese über ein Smartphone, auf dem sie die App eines Verkehrsanbieters installieren können, verfügen oder nicht. Alles andere würde finanzschwache Bevölkerungsteile unangemessen benachteiligen. Außerdem ist zu erwarten, dass das Deutschland-Ticket auch im Rahmen der Schülerbeförderung – als günstigste Tarif-Option – zum Einsatz kommen wird. Die Schülerbeförderung kann nicht davon abhängen, ob eine Schülerin oder ein Schüler ein Smartphone besitzt. Von daher muss die Möglichkeit, Papiertickets auszugeben so lange verlängert werden, bis Chip-Karten-Lösungen flächendeckend zur Verfügung stehen. Außerdem sollte ein Systemwechsel innerhalb eines Schuljahres vermieden werden.